

31. MRZ. 1987

## „Für Gesundheit ist alles getan“

### Bauausschuß-Votum: Kein Zuschuß für das Strahlenmeßgerät

„Ob die Milch in Heilbronn verstrahlt ist und wie hoch die Werte sind, das sollen staatliche Behörden ermitteln. Das ist nicht Aufgabe der Stadt Heilbronn.“ So der Tenor der Heilbronner CDU-Gemeinderatsfraktion gestern bei der Sitzung des Bauausschusses. Der Antrag der SPD-Fraktion, der Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e. V. für ein Strahlenmeßgerät einen Zuschuß von 3000 Mark zu gewähren, wurde bei Stimmengleichheit (sieben zu sieben) abgelehnt.

Auch die Grünen stießen mit ihrem Antrag, das Meßgerät mit 4000 Mark zu bezuschussen, auf Ablehnung. Die Anschaffungskosten in Höhe von 30 000 Mark muß die Gesellschaft jetzt ohne städtische Hilfe tragen.

Die Gesellschaft für Strahlenmessung im

Unterland e. V. hat sich wegen des Kraftwerkunglücks in Tschernobyl die Aufgabe gestellt, längerfristig die Strahlenbelastung von Lebensmitteln im Unterland zu messen. Sie führt die Messungen regelmäßig für Vereinsmitglieder durch. Die Meßergebnisse werden veröffentlicht, damit sich die Bevölkerung über die Strahlenbelastung bei Nahrungsmitteln informieren kann.

Die SPD-Fraktion votierte für die finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung des Meßgerätes, „weil die Information der Bevölkerung durch öffentliche Stellen dem starken Interesse der Bürger in keiner Weise entspricht“, so Stadtrat Friedrich Niethammer. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Wolf Theilacker, unterstrich, daß mit der Messung aktive Gesundheitsvorsorge für die Unterländer Bevölkerung betrieben werde. „Außerdem bekämen auch Sportvereine und Vereine im sozialen Bereich Zuschüsse von der Stadt.“

Die CDU-Fraktion vertrat dagegen die Auffassung, daß dieser Verein „keine Dienstleistung biete, die bezuschußt werden müßte“, so Paula Fuchs. Die Strahlenmessung der Unterländer Gesellschaft liege nicht im öffentlichen Interesse, „da bereits die städtischen Behörden alles für die Gesundheit unserer Bevölkerung tun“.

FDP-Stadtrat Erich Lepple kritisierte, „daß in dem Fall eine private Hand Aussagen zu Lebensmitteln aus privater Hand macht“. Seiner Meinung nach sei das eine problematische Geschichte. Dem hielt Friedrich Niethammer entgegen: „Die Privaten springen dort ein, wo das Land Baden-Württemberg nicht das nötige tut.“

Ein Ausufern der meßfreudigen Privatunternehmer befürchtete Dr. Erich Koßmann (CDU): „Demnächst kommt jemand und mißt das Neckarwasser. Dafür will er dann auch einen Zuschuß.“

pum